

Aufruf zum Antikriegstag

1. September 2008



DGB: Krieg ist kein Mittel zur Konfliktlösung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert anlässlich des internationalen Antikriegstags am 1. September 2008 alle Staaten auf, zivilen Konfliktlösungen vor militärischen Interventionen absoluten Vorrang einzuräumen. Jede militärische Auseinandersetzung hat ihre erkennbaren Vorzeichen und muss durch eine präventive Friedenspolitik vermieden werden.

Der Antikriegstag erinnert an den deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939, mit dem der schrecklichste Krieg der Menschheitsgeschichte mit 60 Millionen Toten begann.

Der Gedenktag ist heute aktueller denn je. Die Kriege im Irak, in Afghanistan und Palästina sowie zahlreiche Konflikte in Regionen Afrikas und Lateinamerikas führen uns täglich den Tod und das Leid von Millionen Menschen durch Gewalt, Hunger, Krankheit oder Vertreibung vor Augen.

Die Weltgemeinschaft – und insbesondere die Vereinten Nationen - dürfen den Ursachen kriegerischer Konflikte nicht länger weitgehend tatenlos zusehen. Der DGB schlägt als vorrangige Maßnahme ein internationales Verbot des Waffenhandels mit Diktaturen vor. Auch heimliche Aufrüstungen müssen gestoppt werden wo immer sie offenkundig werden. Gewerkschafter in Südafrika haben zum Beispiel im Frühjahr 2008 verdeckte Waffenlieferungen für die Machthaber in Simbabwe erfolgreich verhindert. Auch das boomende Geschäft mit Leichtwaffen und Rüstungsgütern aus ehemaligen Beständen des Ostblocks muss beendet werden. Die Profitinteressen der privaten und staatlichen Waffenhändler dürfen nicht noch mehr Leid über die Menschheit bringen.

Der DGB fordert die Europäische Union auf, ihre Sicherheitspolitik konsequenter zu gestalten. Dafür müssen weltweit zivilgesellschaftliche Strukturen gefördert werden, die eine demokratische Konfliktbewältigung ermöglichen. Die Probleme in vielen Teilen der Welt beweisen, wie schwer anhaltende Konflikte zu befrieden sind, wenn äußere Mächte sie für ihre eigenen Interessen missbrauchen. Zusätzliche Stationierungen von Soldaten schaffen keinen dauerhaften Frieden, wie die Beispiele Afghanistan und Irak zeigen. Derzeit wird mehr für militärische Interventionen ausgegeben als für den Aufbau ziviler Infrastrukturen. Das muss sich ändern.

V.i.S.d.P.: DGB Bundesvorstand, Bereich Gesellschaftspolitik/ Grundsatzfragen